

## Rudolf-Diesel-Straße

# Politik sieht keine Alternative zu Holzhäusern

Von unserem Mitarbeiter johannes bitter

Harsewinkel (gl). Bei fünf Stimmenthaltungen hat sich der Rat der Stadt Harsewinkel unter Vorsitz von Bürgermeisterin Sabine Amsbeck-Dopheide (SPD) einmütig dafür ausgesprochen, auf dem Grundstück Rudolf-Diesel-Straße 33 a-d in Harsewinkel vier weitere Holzhäuser für die Unterbringung von Flüchtlingen zu errichten.

Die ersten stehen bekanntlich am Freibad. Weitere vier werden bis Ostern im Schwestergarten und auf der Pfarrwiese im Schatten der St.-Lucia-Kirche errichtet – für sie liegt ein Ausschreibungsergebnis einschließlich Grundstückerschließung von 465 000 Euro auf dem Tisch. Schon bevor es für die Schwedenhäuser auf Kirchgrund eine verbindliche Zusage gab, hatte die Stadt die Baugenehmigung für die Rudolf-Diesel-Straße beantragt.

UWG-Ratsherr Johannes-Sieweke wollte vor der Abstimmung Bilanz ziehen, um zu erfahren, ob die Stadt mit der Investition am Freibad richtig liege, in welcher Höhe sich die Kosten letztendlich bewegen würden und ob es Alternativen zu den Schwedenhäusern gebe. Gegen die Bereitstellung der Mittel, um zusätzliche Unterkünfte bauen zu können, hatte er nichts einzuwenden.

„Wir haben ähnliche Überlegungen angestellt, aber die Verwaltung muss handlungsfähig bleiben“, sagte Reinhard Hemkemeyer (SPD). Deshalb hielt er es für vernünftig, die Geldmittel freizugeben. „Wir stimmen zu, schon wegen der Dringlichkeit“, erklärte Brunhilde Leßner (Grüne). Dieter Berheide (CDU) zeigte sich überzeugt, dass man billiger als am Freibad nicht bauen könne. Wenn kleine Nachträge auftauchen würden und zum Beispiel ein Kanalanschluss nachgeschoben werden müsse, dann sei das in Ordnung. Der CDU-Ratsherr beurteilte die Schwedenhäuser schon deshalb als gute Lösung, weil sie sich später umsetzen und anders nutzen ließen. Zum Baugrundstück Rudolf-Diesel-Straße meinte Berheide: „Dieser Standort ist vertretbar.“

Nach Auskunft der Verwaltung wurden im Oktober 2015 insgesamt 90 Personen zugewiesen und waren zu diesem Zeitpunkt 381 Zugewanderte in Wohnungen untergebracht. Bis Ende November kamen weitere 112 Frauen, Männer und Kinder, so dass 480 wohnungsmäßig versorgt werden mussten. Am 21. Dezember 2015 wurden 545 Unterbringungen registriert.